



## GdP in den sozialen Medien: Studie zu vermeintlicher Polizeigewalt und das Böllerverbot

**Der Sommer war sehr von Auseinandersetzungen geprägt, die aufgrund einer aktuellen Berichterstattung über vermeintliche Polizeigewalt gekennzeichnet waren. Polizeiliche Maßnahmen erregen oft das Interesse der Öffentlichkeit und bedürfen der Erklärung. Sehr einseitige Berichterstattungen sind geeignet, für Unruhe in der Bevölkerung zu sorgen und unerwünschte Wirkungen hervorzurufen, hier tragen insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medienvertreter eine besondere Verantwortung. Vertrauen in die Arbeit der Polizei ist die Währung der Bürgerpolizei.**

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Kooperationsbereitschaft mit von dem Vertrauen abhängt, welches der Polizei entgegengebracht wird. Richtet die Polizei in der öffentlichen Wahrnehmung ihr Handeln an Recht und Gesetz aus, so stärkt dies in der Bevölkerung die Bereitschaft, mit der Polizei zu kooperieren. Polizeiarbeit muss erklärt werden! Polizeiliche Einsatzstrategien und polizeiliche Zwangsanwendung sind in der Regel kaum „einfach verständlich“ zu erklären und für viele Bürger auch nicht nachvollziehbar.

Wenn „Polizei“ und verantwortliche Politiker in einer Krisensituation, wie sie jetzt durchaus durch den Kontraste-Bericht hervorgerufen wurde, schweigen, überlassen sie vermeintlichen „Polizeiexperten“ das Feld, die jede Chance nutzen, die Polizei zu diskreditieren.

### Umgang mit rechtswidrigem Handeln:

Zu betonen ist, es geht nicht um die Unterstützung von rechtswidrigem Verhalten.

Die nachfolgenden Aussagen dürfen nicht so interpretiert werden, dass falsches Verhalten schöngeredet werden soll. Fehlverhalten muss unter-

sucht, aufgeklärt und kommuniziert werden. Vielmehr, geht es um die Frage, ob eine Beamtin/ein Beamter auch dann Anspruch auf eine gelebte Fürsorgeverpflichtung hat, selbst wenn das Handeln kritisch zu bewerten ist oder eindeutig falsch war, oder wenn, wie bei der vorliegenden Berichterstattung ein ganzer Berufsstand diskreditiert wird.

Meinungsbildung über das Internet: Licht und Schatten!

Was sich jedoch vielfach in den sozialen Netzwerken findet und sich auch in dem kürzlich vom ARD-Magazin Kontraste gezeigten Beitrag über Polizeigewalt widerspiegelt, mutet eher als Wettbewerb der Suche nach der am stärksten polemisierenden, be-

wusst subjektiven Sichtweise an. Mit einer sachlichen, an Fakten orientierten Bewertung setzen sich viele Menschen nicht mehr auseinander. „Meinung ohne Ahnung“ ist Programm. Mit Wehmut mag man unter diesen Gegebenheiten auf den 1973 entwickelten Pressekodex blicken, der z. B. journalistische Sorgfalt, Schutz von Persönlichkeitsrechten und der Menschenwürde oder den Verzicht auf „unangemessene sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid“ als ethische Normen beschreibt. Seine Bedeutung ist als Messlatte für eine qualitativ hochwertige, journalistische Tätigkeit nicht zu bestreiten. Die breite Anerkennung in der „Netzgemeinde“ des Internets kann hinge-



Die derzeit kusierende Zahl von 12.000 rechtswidrigen Gewalttaten durch Polizeibeamte in Deutschland ist ein wortwörtlicher Schlag ins Gesicht unserer Kolleginnen und Kollegen. Wir weisen diese Unterstellung auf Das Schärfste zurück! Nach unserer vorsichtigen Einschätzung ist die vermeintliche Studie nicht belastbar, was schon in den suggestiven Fragen begründet ist. Hier wird Stimmung gegen die Menschen gemacht, die Tag für Tag ihre Gesundheit für den Rechtsstaat aufs Spiel setzen.



Gewerkschaft  
der Polizei  
Hamburg

WIR FÜR EUCH

Unsere Position zu diesem Thema



gen infrage gestellt werden; den meisten „Bürgerjournalisten“ dürfte er nicht weiter bekannt sein. Polizeiliches Handeln steht in der Kritik – ein Urteil der Netzgemeinde ist schnell gefällt. In mehrfacher Hinsicht ist eine solche Situation für die Polizei problematisch. Das Handeln der Polizei steht unmittelbar in der Kritik. Bevor die Situation hinreichend untersucht werden konnte, ist die Urteilsfindung der (Netz-)Öffentlichkeit bereits abgeschlossen. Die eigenen Kolleginnen und Kollegen erwarten gerade in solchen Situationen, dass sich die Behördenleitung schützend vor die Kollegenschaft stellt. Die Fürsorgeverpflichtung gewinnt dann an Bedeutung, wenn die Einsatzkräfte für ihre Einsatzbereitschaft in der Kritik stehen. Entschlossenes Handeln, insbesondere durch die Bereitschaft, das Handeln der Einsatzkräfte/Organisation zu verteidigen, ist hier gelebte Fürsorgeverpflichtung.

Deshalb fordern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl von polizeilicher wie politischer Führung Unter-

stützung ein. Es fällt leicht, sich anlässlich von positiven und unkritischen Anlässen (z. B. an Tagen der offenen Tür) an der Seite der Polizei zu zeigen. Wirklich registrieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedoch, ob politische und polizeiliche Verantwortungsträger ihnen auch in stürmischen Zeiten zur Seite stehen.

Eine offensivere Unterstützung der Polizei vonseiten der politischen und der höchsten polizeilichen Verantwortungsträger ist insbesondere auch dann zwingend, wenn politisch hochumstrittene Entscheidungen polizeiliche Einsatzmaßnahmen erfordern (Durchsuchungen in Reizobjekten, Räumungsmaßnahmen, Schutz kritischer Versammlungslagen oder z. B. Schutzmaßnahmen umstrittener Staatsgäste, oder diffamierende Berichterstattung).

Die Polizei steht (oft ungerechtfertigt) in der Kritik und wird gezwungen, diese über sich ergehen zu lassen. Durch Schweigen vergibt die Polizei leichtfertig Chancen, die Wahrnehmung in der Bevölkerung aktiv zu lenken und wirkt überdies sehr wenig selbstbewusst. Selbstbewusstsein – das Auftreten als starker und kompetenter Partner – sollte jedoch der Anspruch der Polizei sein. Da wir nach wie vor kein Statement aus der verantwortlichen Politik wahrgenommen haben, hat sich unser Landesvorsitzender dazu entschlossen, sich einmal zum Spannungsfeld zu äußern, in dem wir uns alle tagtäglich bewegen. Rückendeckung ist in unserer GdP-DNA fest verankert, noch mehr würden wir uns aber auch ein ähnliches Statement politischer und polizeilicher Führungspersonen wünschen.

Vor diesem Hintergrund wird der Vorstand der GdP Hamburg den Senator und den Polizeipräsidenten anschreiben und eben diese Erwartungshaltung formulieren. Abschließend noch eine Einordnung der besagten Studie, über die Kontraste berichtete. Wer zu Beginn der Studie seine Onlinebefragung gezielt bei Gruppen wie CopwatchHH bewirbt, will aus unserer Sicht gezielt polizeikritische Menschen ansprechen und nimmt gezielt darauf Einfluss, welche Ergebnisse zu erwarten sind. Würde Polizei so einseitig am Tatort zu ermitteln beginnen, würde man uns im folgenden Gerichtsverfahren vorhalten, nicht objektiv be- und entlastend ermittelt zu haben.

## Kein „wildes Feuerwerk“ mehr an Silvester:

In der vergangenen Woche kam ein Vorschlag der Grünen, an Silvester nur noch zentrale Feuerwerke zu veranstalten, dafür aber flächendeckendes Feuerwerk zu verbieten.

Auf diesen Vorschlag haben wir ebenfalls reagiert und nach der Machbarkeit einer solchen Verordnung gefragt. Soll es sich nicht nur um Symbolpolitik handeln, muss ein solcher Vorschlag auch zu Ende gedacht werden und mit entsprechenden Eingriffs- und Kontrollrechten für die Polizei hinterlegt werden. Andere Kontrollkräfte dürften ja gerade zu Silvester nicht verfügbar sein. Eine entsprechende Verordnung würde aus unserer Sicht zu einem unüberschaubarem Einsatzaufkommen



GdP Hamburg @GdP\_HH - 01.08.19  
In den Städten wird wegen der hohen Feinstaubbelastung privater Feuerwerke zum Jahreswechsel diskutiert, diese abzuschaffen. U.a. die Deutsche Umwelthilfe fordert ein Verbot. Wir fragen: Wer soll das kontrollieren? Brauchen wir ein #Gefahrengelbiet? #Hamburg zum Jahreswechsel?



### Wir twittern auch

führen, da ja jeder Bürger „einen Anspruch“ auf ruhigere Silvester hätte. Die folgende Kritik, wenn es doch knallen sollte, können wir uns in etwa vorstellen. Vor diesem Hintergrund haben wir uns mit der innenpolitischen Sprecherin der Grünen in Hamburg auseinandergesetzt und hinterfragt. Während ansonsten ja gerade die Rechte gegenüber der Polizei ein wichtiges Thema sind, ist die Ausgestaltung der Kontrolle „ein lästiges Detail“. Nachdem kurze Zeit später auch die Deutsche Umwelthilfe das Thema für sich beansprucht hat, haben wir nochmal deutlich gemacht, dass eine flächendeckende Kontrolle nur an einem gefährlichen Ort – oder umgangssprachlich Gefahrengelbiet – möglich wäre. Eine Reaktion der Umwelthilfe oder der Grünen erfolgte bisher nicht. Lediglich Andreas Dressel (SPD) sprang uns in der Folge zur Seite. Wir werden weiter aufmerksam sein und das Thema beobachten. **Der Landesvorstand**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

**Geschäftsstelle:**  
Hindenburgstraße 49  
22297 Hamburg  
Telefon (0 40) 28 08 96-0  
Telefax (0 40) 28 08 96-18  
E-Mail: [gdp-hamburg@gdp.de](mailto:gdp-hamburg@gdp.de)  
[www.gdp-hamburg.de](http://www.gdp-hamburg.de)  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**  
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

**Redaktion:**  
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)  
Hindenburgstraße 49  
22297 Hamburg  
E-Mail: [joernclassen@gdp.de](mailto:joernclassen@gdp.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 1. Januar 2019

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438





**POLIZEI**  
**DEIN PARTNER**  
Gewerkschaft der Polizei

**30. November 2019**

**20.00 Uhr**

Einlass 19.30 Uhr  
Grand Elysee Hamburg,  
Rothenbaumchaussee, Hamburg

# Fest der GdP

## „Ball der guten Laune“

**Dirty Royal Orchestra**

**DJ Dave Schwarz**



**Eintrittspreis 55,00 €**  
inkl. Buffet und Tombola

Kartenvorverkauf:  
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH  
Hindenburgstraße 49 · 22297 Hamburg  
Telefon 040 280896-15

Veranstalter:  
Polizeisozialwerk Hamburg GmbH  
Eine Gründung der GdP

[www.polizeifeste.de](http://www.polizeifeste.de)

Alle Polizeifeste der GdP auf einen Blick.



FACHBEREICH KRIPPO

# Interessiert den BDK das Thema „Polizeigewalt“ nicht?

**Mit Kopfschütteln und Erstaunen mussten wir letzte Woche lesen, dass den Bundesvorsitzenden der kriminalpolizeilichen Interessenvertretung (BDK) das in den Medien breit getretene Thema „Polizeigewalt“ nur nachrangig interessiert und er lieber zu statistischen Themen überlenkt.**

Ganz offensichtlich ist ihm der Zusammenhang zwischen angeblicher Polizeigewalt und nach sich ziehenden Ermittlungsverfahren von Kriminalbeamten gegen – in der Regel – KollegInnen der Schutzpolizei nicht bekannt oder geläufig.

Es ist schrecklich und teilweise niederträchtig, was sich die KollegInnen, die mit Leidenschaft ihren Beruf ausüben, bei solchen Vorwürfen über sich ergehen lassen müssen. Das nagt an der Motivation des



Einzelnen und bei Bekanntwerden an der des gesamten Personalkörpers.

In Hamburg ist der BDK im Personalrat in der Freistellung vertreten und hat eine Liaison mit der DPoIG geschlossen. Das gezeigte mangelnde Interesse lässt erahnen, wie wenig die betroffenen Kollegen von dieser

Seite aus an Unterstützung zu erwarten haben.

WIR werden immer für Euch da sein! Für K, für SCH, Vw und WS.

GdP, die bessere Wahl! Der Vollständigkeit halber lichten wir hier den Tweet ab; überzeugt Euch selbst.

**Der Fachbereichsvorstand K**

FACHBEREICH JUSTIZ

# Neubaupläne JVA Billwerder

**Stellungnahme und Kritik der GdP-Justiz Hamburg zu den Neubauplänen der Justizbehörde. Die Mitarbeiter der JVA HS haben sich klar zum Erhalt der JVA HS in einer Umfrage ausgesprochen!**

Es wurden einige Mitarbeiter aufgefordert, sich an den Plänen für einen Neubau in Billwerder zu beteiligen. Die Anregungen wurden nur zum geringen Teil umgesetzt. Den betroffenen Mitarbeitern auf Hahnöfersand wurden die fertigen Pläne bisher nicht vorgestellt. Auch



JVA Hahnöfersand

wurde es von der Justizbehörde versäumt, den Stellenschlüssel der neuen Anstalt zu nennen. Versprochene Wohnungen für Mitarbeiter oder gar eine eigene Fahrzeugschleuse wurden erst gar nicht eingeplant. Sicherlich sollen der Senat und der Steuerzahler nicht schon im Vorwege verschreckt werden.

Dass der Neubau der Jugendanstalt 168 Mio. Euro kosten soll, ist das eine. Die Renaturierung der Insel Hahnöfersand und der Austausch von belasteten Böden wird sicherlich nicht umsonst zu bekommen sein. Wenn dann noch gesagt wird, dass die Anstalt in BW nur für 20 Jahre von der Sprinkenhof AG gemietet werden soll, versteht das auf HS keiner mehr. Auch der Baugrund auf HS wäre wesentlich besser geeignet als die nasse Wiese in BW. Eine Ertüchtigung der vorhandenen Hafthäuser (gerade 20 Jahre alt) wäre für ein Drittel von dem Neubaukosten zu haben.

Dass der Justizsenator trotz 2. Amtszeit es nicht geschafft hat, die JVA HS an den ÖPNV anzuschließen,



JVA Billwerder

ist enttäuschend. Wie viele Mitarbeiterparkplätze wird es in BW geben? Wie viele E-Parkplätze sind geplant? Schlimm genug, dass demnächst über 100 Mitarbeiter sich täglich in den Pendlerstau aus dem Raum Stade in Richtung BW einfädeln sollen.

Die GdP Justiz Hamburg spricht sich erneut gegen Neubaupläne in Billwerder aus. Wir werden die Kollegen auf Hahnöfersand nicht allein lassen!

**Dieter Westphal, Kommissionsleiter GdP Justiz Hamburg**





INFOS DES DGB

# Macht mit! Mitgliederbefragung zur Bürgerschaftswahl 2020

**Welche Themen muss die Hamburger Politik in Zukunft unbedingt anpacken? Diese Frage stellt der DGB allen Gewerkschaftern/-innen in einer Mitgliederbefragung zur Bürgerschaftswahl 2020.**

**GdP-Mitglieder sind gefragt!**

Ziel: Mit Euren Antworten im Wahlkampf Druck auf die Parteien und Kandidaten/-innen im Sinne der Beschäftigten ausüben. Jedes GdP-Mitglied hat eine Mail mit den Zugangsdaten zur Befragung bekommen. Beteiligt Euch!

Im Kern geht es um die aus Eurer Sicht größten Probleme in Hamburg. Ihr könnt bestimmte Themenfelder

aus einer Liste aussuchen und anschließend vorgegebene Aussagen gewichten. Das Ganze ist sehr leicht zu verstehen und schnell erledigt. Das Ausfüllen dauert ca. 5 Minuten.

Eure Antworten werden zunächst von unserem Dienstleister wmp consult – Wilcke Maack ausgewertet. Anschließend werden wir die Ergebnisse veröffentlichen und sie in unser Forderungspapier zur Bürgerschaftswahl aufnehmen. Während des Wahlkampfes werden wir die Parteien und Kandidaten/-innen mit Euren Aussagen konfrontieren und damit Impulse im Sinne der Beschäftigten setzen. Das heißt, Ihr beeinflusst ganz konkret unsere gewerkschaftliche Themensetzung zur Bürgerschaftswahl 2020.

Die Umfrage ist völlig anonym. Du wirst lediglich am Anfang nach Deiner

Gewerkschaft, Deinem ungefähren Alter und der Branche, in der Du arbeitest, gefragt. Selbstverständlich werden Deine Daten streng vertraulich behandelt und in anonymisierter Form ausgewertet. Rückschlüsse auf einzelne Personen werden nicht möglich sein.

Die Teilnahme ist nur online möglich. Du hast von Deiner Gewerkschaft eine Mail mit einem Link zum Fragebogen bekommen. Dieser führt Dich direkt zur Umfrage. Hast Du diese Mail nicht bekommen, frage bitte bei Deiner Gewerkschaft nach.

Haben wir eine wichtige Frage nicht beantwortet? Brauchst Du noch mehr Informationen? Dann schreibe uns unter [hamburg@dgb.de](mailto:hamburg@dgb.de)

Mehr Infos: [hamburg.dgb.de/mitgliederbefragung](http://hamburg.dgb.de/mitgliederbefragung)

**DGB Hamburg**

## JUNGE GRUPPE AKTIV



**JUNGE GRUPPE - GdP Hamburg**  
vor 16 Stunden

Zusammen mit dem Meatwagen, Polizei Memes, Blaulicht Memes und 5.11 Tactical haben wir heute einen Kennenlernetag an der Polizeiakademie in Hamburg veranstaltet.

Es hat uns ganz viel Spaß gemacht und wir hoffen, dass es Euch gefallen hat.

Vielen Dank an die GdP Junge Gruppe Bundespolizei, die uns mit starker Frauenpower unterstützt hat

👍❤️... Mehr anzeigen

8. August: JUNGE GRUPPE auf Facebook



Tolles Sommerfest am PAZ zur Begrüßung der neuen Auszubildenden.

Anzeige

**Notdienst der Glaser-Innung Hamburg**  
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst**  
**Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene Auftragsannahme




VORSORGE TREFFEN

## Vortrag: Patientenverfügung und Co. – Warum sollte ich so etwas haben?

**Es passiert immer wieder im Leben, dass das Schicksal einholt und wir finden uns nach einem schweren Unfall oder einer plötzlichen schweren Krankheit im Krankenhaus wieder, um dort gut behandelt zu werden. Es kommt aber auch vor, dass derjenige nicht mehr ansprechbar oder sogar für eine längere Zeit im Koma liegt! Jeder von uns und unabhängig vom Alter, sollte sich damit auseinandersetzen und die richtige Vorsorge treffen!**

In der Regel hat man für so etwas seinen Partner / Partnerin, Kinder oder auch Freunde, die bestimmt für mich die notwendigen Angelegenheiten regeln würden und könnten! Ja, man verlässt sich vielleicht auch darauf!

Es wird schon alles gut gehen! Aber leider geht es heute ohne einer Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht nicht mehr! Die Angehörigen können nur mit dem Arzt über die weiteren Behandlungen sprechen, wenn Sie eine Patientenverfügung des Angehörigen / Patienten haben, um die Wünsche des Patienten darzulegen. Ohne persönliche Einwilligung darf - außer einer lebensbedrohlichen Notlage - kein medizinischer Eingriff an dem Körper des Patienten vorgenommen werden. In der Patientenverfügung

sollte alles festgelegt werden, ob die Ärztin / Arzt alle medizinischen Möglichkeiten ausschöpfen soll, um das Leben zu erhalten oder sollen sich die Behandlungsmöglichkeiten nur auf die Linderung von Schmerzen beschränken oder wünsche ich keine lebensverlängernden Maßnahmen durch medizinische Maschinen. Und darüber hinaus ist auch zeitgerecht die Frage nach einem Testament und die Möglichkeiten einer rechtssicheren Gestaltung bereits zu Lebzeiten zu bedenken.

### Informationen aus erster Hand am 12. 11. 2019

Wir haben Frau Rechtsanwältin und Notarin Aino Kristina Fünér (ehemalige GdP Geschäftsführerin) zur

November - Mitgliederversammlung am 12. 11. 2019 eingeladen um über diese wichtigen Themen zu referieren!

Der Vorstand des Fachbereich Senioren appelliert an alle GdP Mitglieder, bitte nehmt dieses Thema ernst und kümmert euch um diese Aufgabe.

**Klaus-Peter Leiste**

## ERINNERUNG

### Veranstaltungen sind im Angebot: Hafenmuseum und Wismar

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erinnern Euch an die angekündigten Ausfahrten, wie z. B. die interessante Besichtigung und Führung durch das

#### Hamburger Hafenmuseum

am Mittwoch, dem 4. September 2019, in der Zeit von 11 Uhr bis 12 Uhr

(siehe DP 7-2019), und an eine interessante

#### Bustagesfahrt in die alte Hansestadt Wismar

am Dienstag, dem 22. Oktober 2019, Abfahrt ab Hachmannplatz/Kirchenallee um 8.30 Uhr (siehe DP 8-2019)!

Bei Interesse bitte ganz schnell in der GdP-Geschäftsstelle per Fax: 0 40-28 08 96-18 oder per E-Mail: gdp@gdp-hamburg.de anmelden mit Partnerin oder Partner!

Wir, der Fachbereichsvorstand Senioren, freuen uns auf Euch und Euer Interesse!

**Klaus-Peter Leiste**



## TARIFPOLITIK

# Änderungstarifverträge können abgeschlossen werden

Diese offenen Punkte konnten nun abschließend geklärt werden. Hier die wesentlichen Punkte:

## Garantiebeträge

Es ist eine Einigung in dem wesentlichen Punkt der Garantiebeträge bei Höhergruppierungen erzielt worden. Hier war noch offen, ob die erhöhten Garantiebeträge auch auf die Fälle anzuwenden sind, in denen die Höhergruppierung bereits vor dem 1. Januar 2019 erfolgt ist. Auch in diesen Fällen sind die Garantiebeträge anzuheben.

## Überleitung der „kleinen“ und „großen“ EG 9

Beschäftigte der Entgeltgruppe 9, für die keine besonderen Stufenregelungen gelten („große“ EG 9), werden stufengleich und unter Mitnahme der in ihrer Stufe zurückgelegten Stufenlaufzeit in die Entgeltgruppe 9b übergeleitet.

Die „kleine“ Entgeltgruppe 9, zukünftige 9a, besteht jetzt aus sechs Entgeltstufen. Entsprechend § 16 Abs. 3 TV-L gelten jetzt auch für die 9a die regulären Stufenlaufzeiten.

Des Weiteren wird eine neue Stufe 3 eingefügt, die ihrem Wert nach der Entgeltgruppe 8 Stufe 4 entspricht. Die Stufen 4 und 5 der Entgeltgruppe 9a entsprechen betragsmäßig den Stufen 3 und 4 der Entgeltgruppe 9b, die Stufe 6 erhält einen eigenständig festgelegten Betrag.

Beschäftigte der Entgeltgruppe 9 mit einer besonderen Stufenlaufzeit in der Stufe 3 von sieben Jahren, werden in die Entgeltgruppe 9a wie folgt übergeleitet:

Sie werden dabei nach einer Zuordnungstabelle einer Stufe und innerhalb dieser Stufe dem Jahr der Stufenlaufzeit unter Mitnahme der Restzeit bis zum Erreichen der nächsten Stufe zugeordnet. Dabei ist zu beachten, dass diese Beschäftigten bei der Stufenfindung so zu behandeln sind, als hätte die Entgeltgruppe 9a von Beginn des Arbeitsverhältnisses an gegolten. Ferner erhalten Beschäf-

tigte, die in die Entgeltgruppe 9a Stufe 3 übergeleitet werden, bis zur Zuordnung zur Stufe 4 das Entgelt der Stufe 4, um Verluste durch die Überleitung auszuschließen.

## Jahressonderzahlung

Die Tarifvertragsparteien haben sich nun auch auf ein Berechnungsmodell zum Einfrieren der Jahressonderzahlung als Teilkompensation der Mehrkosten durch die Weiterentwicklung der Entgeltordnung ver-

ständigigt. Es ist nun garantiert, dass keine Beschäftigte und kein Beschäftigter eine geringere Jahressonderzahlung als 2018 erhält.

## Kampfmittelräumdienst

Ein für die GdP ebenfalls wichtiger Punkt ist, dass man sich darauf geeinigt hat, dass die Zulagen im Kampfmittelräumdienst entsprechend den Steigerungssätzen der Tarifeinigung 2019 (+ 3,01%, + 3,12%, + 1,29%) erhöht werden. **GdP Abt. I Tarifpolitik**

## ANKÜNDIGUNG

# Mitgliederversammlung

## TOP Wahlen

Wir möchten Euch, liebe Mitglieder des Fachbereiches Senioren, nach der schönen Sommerpause zu unserer nächsten Mitgliederversammlung

am Dienstag, dem 10. September, um 15 Uhr

in das Personalrestaurant des Polizeipräsidiums einladen.

## Vortrag zum Thema Onlinekriminalität

Eingeladen haben wir zu dieser Versammlung den GdP-Kollegen Erik Manke aus der Kriminalpolizei, der uns einen Vortrag über die Onlinekriminalität halten wird und wie jeder sich davor schützen kann, wenn er nur einige Vorsichtsmaßnahmen beachtet! In seinem Vortrag geht Kollege Manke auf den Identitätsdiebstahl mit nachfolgendem Betrug sowie die Darlegung des Modus Operandi an einem Fallbeispiel aus dem Jahr 2019 ein. Es wird bestimmt ein interessanter Vortrag werden und wir freuen uns auf Erik Manke!

Als weitere Punkte haben wir neben den aktuellen gewerkschaftlichen Themen noch Wahlen auf der Tagesordnung!

- die Wahl von zwölf Beiratsmitgliedern/-innen aus dem Fachbereich Senioren
- die Wahl eines Vorsitzenden/Vorsitzender für den Fachbereichsvorstand Senioren
- die Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden/eines stellv. Vorsitzenden
- die Wahl einer Beisitzerin/eines Beisitzers

Die Wahlen für den Gewerkschaftsbeirat ergeben sich aus dem Beschluss des Landesdelegiertentages. Der Beirat (das höchste Gremium nach dem Delegiertentag) wird nach dem Beschluss des Landesdelegiertentages mindestens einmal im Jahr tagen!

Da ich meinen Vorsitz des FB Senioren nach über zehn Jahren an diesem Tage aus familiären Gründen niederlegen werde, ergeben sich daraus Neuwahlen.

Im Anschluss an die Wahlen werden wir über aktuelle gewerkschaftliche Themen berichten. Kandidatinnen und Kandidaten für den Gewerkschaftsbeirat und für den Fachbereichsvorstand können sich umgehend per E-Mail [gdp-hamburg@gdp.de](mailto:gdp-hamburg@gdp.de) oder per Fax 0 40-28 08 96-18 in der GdP-Geschäftsstelle melden und ihre Kandidatur bekunden!

Wir freuen uns wieder auf eine sehr gut besuchte Veranstaltung!

**Klaus-Peter Leiste,**  
Fachbereichsvorsitzender Senioren



VOLLZUG

## Schichten warten auf Entlastung – Grundlast endlich nachhaltig stärken!

**Anfang August war Personalverteilungstermin. Man sollte glauben, dass alle Fehlstellen in den Schichten an einem solchen Termin ausgeglichen werden würden und es gerade jetzt ausreichend Personal vor Ort verfügbar sein müsste. Es ist aber nicht so.**



**Lars Osburg, stellv. Landesvorsitzender**

Vorwegbedarfe und Neustrukturierungen fordern Stellen, die der Grundlast nach wie vor fehlen. Aber auch die hohe Anzahl der Kolleginnen und Kollegen, die entweder Teile der Ausbildung wiederholen müssen oder die Polizei verlassen, reißen Löcher in die Personalplanung.

Wir fordern, dass diese Stellen umgehend, bei jeder unmittelbar folgenden Einstellung, nachbesetzt werden, damit die Entlastung endlich vor Ort ankommt und unsere Kolleginnen und Kollegen an der Basis entlastet.

**Der Landesvorstand**

Anzeige



### Ich bin ein Vorsorger!

Ich geh' gern auf Nummer sicher – auch bei meinem Finale auf Erden. Komme, was wolle: Alles ist jetzt in besten Händen.

